

Gemeinsamer Antrag

der Fraktionen ÖAAB.FCG, FSG und Gemeinsam an die 180. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg
am 17. Mai 2018

Kalte Progression: Wieder 150 Millionen Euro weniger für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Durch die Kalte Progression verlieren Österreichs Arbeitnehmer/innen jeden Tag rund eine Million Euro. Allein seit dem Amtsantritt der neuen Regierung am 18. Dezember 2017 sind es schon wieder über 150 Millionen Euro, die den arbeitenden Menschen zusätzlich an Steuern aus der Tasche gezogen werden. Noch vor der Nationalratswahl übertrafen sich die Parteien mit vollmundigen Ankündigungen zur umgehenden Abschaffung der Kalten Progression. Deshalb ist es für die ÖAAB.FCG-AK-Fraktion eine Verhöhnung der Beschäftigten, dass diese wichtige Maßnahme wieder auf die lange Bank geschoben wird.

Zur Erinnerung: Am 1. Jänner 2016 ist die letzte Steuerreform in Kraft getreten. Das Entlastungsvolumen hat für die Arbeitnehmer/innen damals knapp fünf Milliarden Euro betragen. Doch diese Entlastung löst sich schleichend auf. Dafür sorgt die Kalte Progression, die dadurch entsteht, weil zwar Löhne und Gehälter durch die von den Sozialpartnern ausverhandelten Lohnerhöhungen steigen, die Steuertarifstufen sowie die Frei- und Absetzbeträge aber nicht an die Inflation angepasst werden. Somit rutschen die arbeitenden Menschen automatisch in höhere Steuerklassen. Das macht pro Tag über eine Million Euro an zusätzlichen Steuern aus, pro Jahr sind es rund 450 Millionen Euro. Seit der Steuerreform ist als schon mehr als eine Milliarde Euro an Entlastung verpufft. Die Lohnerhöhungen kommen deshalb kaum mehr bei den Menschen an.

Aktuell brummt die Wirtschaft, die Steuereinnahmen sprudeln wie noch nie. Beste Voraussetzungen also für die Regierung, die Kalten Progression ein für alle Mal zu eliminieren. Es ist geradezu eine Verhöhnung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, dass Kanzler Kurz und Co. in dieser Frage weiter untätig sind, obwohl sie genau wissen, dass die Menschen das Geld dringend brauchen, weil die Lebenshaltungskosten – und hier vor allem die Wohnkosten – ständig weiter in die Höhe schießen.

Die Kalte Progression ist nicht nur ungerecht, sie stellt auch die Lohnpolitik der kommenden Jahre in Frage, denn die mühevoll ausgehandelten Lohnerhöhungen verlieren durch die Kalte Progression laufend an Wert.

Die 180. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg fordert die Bundesregierung einmal mehr auf, den Einkommenssteuertarif sowie die Frei- und Absetzbeträge umgehend jährlich automatisch an die Inflation anzupassen.